



## MIGRATIONSKRISE IN DEUTSCHLAND – DIE REGIERUNG BRICHT GELTENDES RECHT

Herr Mannes, die Zahl der illegalen Einreisen nach Deutschland hat sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Wie sehen Sie die Situation?

Wir erleben nach der Flüchtlingskrise 2015 in diesen Tagen erneut eine inakzeptable Aushöhlung des Asylrechts. Die Zahl der Asylanträge hat massiv zugenommen, aber wer kommt da eigentlich zu uns? Glaubt man dem politisch gleichgeschalteten Mainstream, dient unser Asylsystem vor allem dem Schutz von Frauen und Kindern.

Wir alle wissen jedoch, dass das genaue Gegenteil der Fall ist – es kommen überwiegend junge Männer mit geringer Vorbildung zu uns, und zwar überwiegend über sichere Drittstaaten. Die gesamte Migrationskette ist damit illegal und müsste von der Bundespolizei eigentlich verhindert werden.

**Brauchen wir eine Reform des Asylrechts?**

Ich denke nicht. Grundsätzlich ist es ja eine vernünftige Sache, dass e c h t e **Weiter auf Seite 2**

Außerdem im Heft:

**INDUSTRIE BALD OHNE STROM UND WÄRME? WEGEN DER ENERGIEWENDE DROHEN JETZT ZWANGSABSCHALTUNGEN**

Weiterlesen auf Seite 3

Immer informiert bleiben:  
[www.schwaben-heute.de](http://www.schwaben-heute.de)

## Interview: Dauerkrise Migration

Kriegsflüchtlinge oder politisch Verfolgte in Deutschland um Schutz ersuchen können. Der Schutz von bedrohten Menschen ist ein hohes Gut, das wir als Rechtsstaat auch nicht antasten sollten. Die Rechtslage sieht diesen Schutz explizit vor und daran wollen wir als AfD auch nichts ändern. Die illegale Einwanderung durch Personen ohne nachweisbaren Anspruch auf Asyl ist jedoch rechtswidrig und wir fordern als demokratische Partei nicht mehr und nicht weniger als die Durchsetzung der geltenden Gesetze. Diese sehen im Falle einer illegalen Einreise nun einmal die Abschiebung vor. Genau so wird es übrigens in praktisch jedem Land der Welt gehandhabt, und das aus gutem Grund. Wir brauchen also keine Reform des Asylrechts, sondern einen durchsetzungsstarken Staat.

### Was denken Sie über das kürzlich beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz?

Ich glaube nicht an die Durchsetzung der Vorgaben aus dem Einwanderungsgesetz. Der Gedanke einer gesteuerten Migration von nachweisbar qualifizierten Arbeitskräften ist ja durchaus vernünftig, aber erfahrungsgemäß passiert leider das exakte Gegenteil. Bereits jetzt ist absehbar, dass mit dem Gesetz zahlreiche Schlupflöcher für neue Formen der unerwünschten Migration entstehen. Wie soll beispielsweise ein Missbrauch von Arbeits- und Bildungsnachweisen aus den Herkunftsstaaten verhindert werden? Bei den erheblichen Migrationszahlen werden die Behörden hier heillos überfordert sein. Ein Zuwanderungsgesetz würde nur dann etwas bewirken, wenn es

konsequent durchgesetzt würde – so wie beispielsweise in Australien oder der Schweiz. Diese Konsequenz traue ich der Ampel-Koalition jedoch nicht ansatzweise zu, insofern halte ich auch wenig vom Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Die Ampel legalisiert mit dem Gesetz nun sogar die illegale Einwanderung, indem zukünftig auch abgelehnten Asylbewerbern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Das gesamte Asylrecht wird damit weiter ausgehöhlt und schafft die Grundlage für eine weitere ungesteuerte Massenmigration. Ich glaube, dass die Mehrheit der Bürger damit nicht einverstanden ist.

### Welche Lösungen sehen Sie und Ihre Partei für die Migrationskrise?

Die AfD fordert nicht mehr und nicht weniger als die Durchsetzung des deutschen Asylrechts sowie der Zuwanderungsgesetze, wie sie in der Nachkriegszeit eingeführt wurden. Auch unser Grundgesetz ist hier ganz eindeutig, und genau daran orientieren wir uns als AfD. Die staatliche Aufgabe der konsequenten Rückführung von illegalen Einwanderern ist also nicht allein unsere Forderung, sondern seit Jahrzehnten fester Bestandteil unserer Gesetzgebung.

Man kann Deutschland erst wieder als vollwertigen Rechtsstaat sehen, wenn die geltenden Gesetze auch wieder durchgesetzt werden. Genau darauf arbeite ich im Rahmen meines Landtagsmandats hin.

Herr Mannes, vielen Dank für das Gespräch.

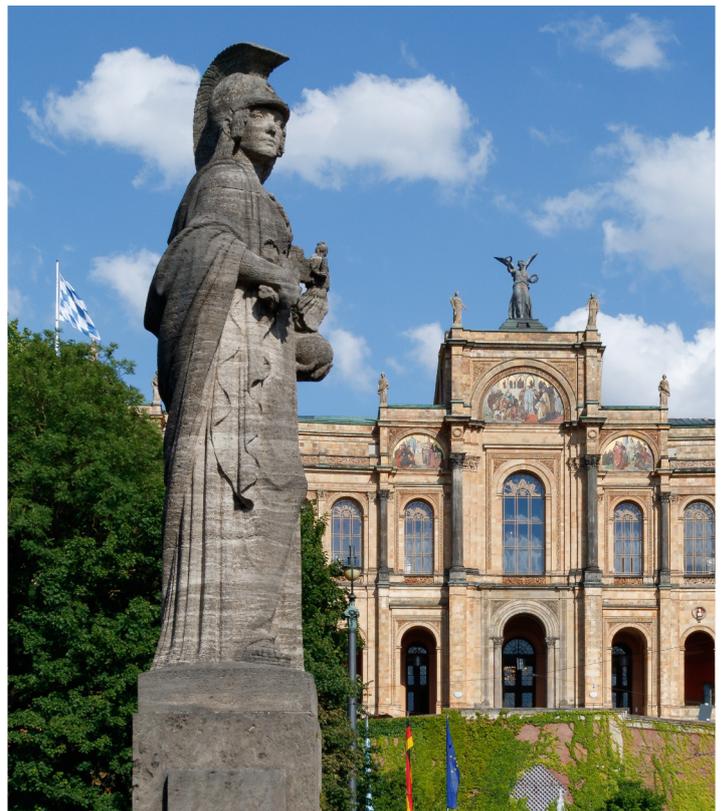
## Für Sie im Bayerischen Landtag

**Gerd Mannes** ist seit 2018 Abgeordneter im Bayerischen Landtag und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion. Als Stimmkreisbeauftragter ist er für Augsburg-Stadt, Neu-Ulm, Günzburg und Augsburg-Land-Süd zuständig.



Er ist unter anderem Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung sowie im „Untersuchungsausschuss Maske“.

Sein politischer Schwerpunkt liegt auf der Energie- und Wirtschaftspolitik. In der kommenden Landtagswahl kandidiert er auf Platz 3 der AfD-Liste.



# Industrie bald ohne Strom und Wärme? Jetzt drohen wegen der Energiewende erste Zwangsabschaltungen

Die volkswirtschaftlichen Kennzahlen des Freistaats stehen dank Söders grünem Zerstörungskurs auf Niedergang: Nahezu alle Wirtschaftssektoren melden stagnierende oder rückläufige Umsätze. Ganze Industriezweige bereiten ihre Abwanderung aus Deutschland vor. Über ein Fünftel der Unternehmen will die Produktion ins Ausland verlagern oder hat diesen Schritt bereits gewagt.

Nun werden für den Fall einer Energieknappheit bereits Zwangsabschaltungen ganzer Industriezweige vorbereitet – eine absurde Situation in einem modernen Produktionsstandort wie Bayern. Eine vernünftige Regierung hätte es niemals so weit kommen lassen, dass Firmen um Strom und Wärme bangen müssen. Annähernd zwei Drittel von rund 500 befragten Industriebetrieben fürchten jedoch wegen der hohen Energiekosten den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Ich darf im Zusammenhang mit diesem politisch verursachten Einbruch der Wirtschafts-

leistung den Präsidenten der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft zitieren. In den bayerischen Gießereien liegt die Produktion demnach um fast sieben Prozent niedriger als vor einem Jahr. In der Glas- und Keramik-Industrie sind es minus zehn Prozent, in der Papierindustrie minus elf Prozent und in der Chemieindustrie minus 15 Prozent! So sieht die grüne Politik der Kartellparteien in Zahlen aus, meine Damen und Herren. Und auch in Bayerns wichtigstem Industriezweig, dem Fahrzeugbau, zeigt sich eine dramatische Entwicklung. VDA-Chefin Hildegard Müller warnte vor wenigen Monaten, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland in einer dramatischen Geschwindigkeit verschlechtert. Bereits die Hälfte aller Unternehmen der Automobilindustrie muss infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage wichtige Investitionen verschieben oder sogar ganz streichen. Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.



## Wählertäuschung auf der Regierungsbank – Aiwanger macht vier Jahre lang grüne Politik und übernimmt im Wahlkampf AfD-Positionen

Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger sprach im vergangenen Monat auf der Kundgebung gegen die Austauschpflicht für Öl- und Gasheizungen in Erding. In seiner Rede kopierte er jedoch nicht nur die energiepolitischen Forderungen der AfD, sondern übernahm ganze Aussagen bekannter AfD-Vertreter im Wortlaut.

Der Minister scheint kurz vor der Landtagswahl angesichts der guten Umfragewerte der AfD zu verzweifeln

und übernimmt daher schamlos unsere Forderungen. Er bedient sich einfach meiner Aussagen, statt vernünftige Regierungspolitik zu machen: In einem Interview erklärte ich vor kurzem, wie die Regierung unser Land absichtlich an die Wand fährt. Genau diese Aussagen hat der Minister wortgleich übernommen. Hubert Aiwanger hat als Wirtschaftsminister jedoch jeden politischen Irrsinn mitgetragen, den ihm die CSU vorgeschrieben hat. Mit seiner Unterstü-

tzung von Söders totalitärer Corona-Politik hat er unsere Wirtschaft in eine schwere Krise gestürzt. Trotzdem müssen die von seinem Ministerium ausgezahlten Corona-Hilfen nun teilweise von den Unternehmen zurückgezahlt werden. Aiwanger steht hinter der wohlstandsvernichtenden Klima-Ideologie. Wenn er jetzt auf regierungs- und grünenkritischen Demonstrationen herumpoltert, ist das nichts weiter als Populismus und Wählertäuschung!



## Bundesverfassungsgericht stoppt Heizungsgesetz – Karlsruhe folgt Eilantrag, an dem die AfD wesentlich beteiligt war

Das Bundesverfassungsgericht hat das Gebäudeenergiegesetz in einem Eilverfahren gestoppt. Damit darf es nicht, wie von der Bundesregierung geplant, noch in der laufenden Sitzungswoche verabschiedet werden.

Durch einen von der AfD-Fraktion beantragten „Hammelsprung“ ist am Freitag die Beschlussunfähigkeit des Bundestages festgestellt worden. Dadurch konnte das von der Ampel geplante Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz nicht mehr vor der Sommerpause vom Bundestag beschlossen werden. Gerd Mannes, stellvertretender Vorsitzender und

energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, kommentiert die Vorgänge in Berlin:

„Nach diesem neuerlichen Scheitern bei dem Versuch, die Rechte des Bundestags zu übergehen, sollte Habeck die nötigen Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Und an seinem Heizungsgesetz gibt es nichts nachzubessern, sondern es muss komplett vom Tisch. Für Millionen Bürger wäre es eine unerträgliche finanzielle Belastung, und auch technisch wäre es kaum durchführbar. Nur die AfD hat sich von Anfang an gegen Habecks Heizungsverbote ge-

stellt, und wenn CDU/CSU und Freie Wähler jetzt so tun, als wären sie auch dagegen, ist das eine Täuschung der Bürger. Denn die Bayerische Staatsregierung hat im Bayerischen Klimaschutzgesetz die Klimaneutralität bis 2040 festgesetzt, was ohne die Abschaffung der fossilen Brennstoffe und damit aller Öl- und Gasheizungen nicht möglich sein wird. Die Bayerische Staatsregierung sollte endlich aufhören, die Bürger Bayerns zu belügen. Als AfD vertreten wir die Freiheitsrechte der Bürger: Jeder soll selbst entscheiden können, wie er heizen möchte.“

## CSU-Innenminister Herrmann traf sich mit Klimaklebern

In ganz Deutschland blockieren die Klimachaoten der „Letzten Generation“ die Straßen, indem sie sich auf den Asphalt kleben. Dabei können sie offenbar auf politische Rücken- deckung zählen. Auch CSU-Innenminister Joachim Herrmann traf sich mit Vertretern der Ökoradikalen. Offenbar bot er sogar an, eine dauerhafte Korrespondenz einzurichten.

Bei investigativen Recherchen traf die Wochenzeitung WELT auf Protokolle, die Aufschluss auf Treffen der „Letzten Generation“ mit Politikern

verschiedener Parteien sowie mit Mainstream-Journalisten geben. Mit dabei war unter anderem die grüne Bundestagsabgeordnete aus München Jamila Schäfer. Auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) traf sich mit der Klima-Sekte, wie er auf Nachfrage hin zugab. Laut dem Protokoll soll er beklagt haben, „dass der Klimaschutz zu langsam vorankomme“.

Bietet Joachim Herrmann eigentlich Bürgern, die arbeiten und Steuern bezahlen, die ihre Familien ernähren,

für die Ausbildung ihrer Kinder sorgen müssen, die Probleme mit oder auf ihrer Arbeit bekommen, weil sie im Stau, der von den Klimaextremisten verursacht wurde, stecken, die deshalb ihre Kinder nicht rechtzeitig von der Schule oder der Kita abholen können, oder denjenigen, die in Lebensgefahr geraten, weil der Rettungswagen im Stau steckt, den Herrmanns neue Freunde verursacht haben, auch an, in Kontakt zu bleiben? Wohl kaum. Sie sind ja nur Bürger, keine „Klima-Aktivistin“.



### **„Filz, Vetternwirtschaft, Amigo-Deals, Sumpf“: Gerd Mannes fordert Rückzahlungen von Ex-CSU-Abgeordneten Nüßlein und Sauter**

Der Untersuchungsausschuss „Maske“ hat seine Aufgabe aus Sicht der Opposition völlig verfehlt. Anstatt um eine wirkliche Aufklärung der dubiosen Maskengeschäfte von CSU-Parlamentariern ging es für Ministerpräsident Söder und die Bayerische Staatsregierung lediglich um Schadensbegrenzung. Die AfD hat daher einen eigenen Sonderbericht vorgelegt.

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Gerd Mannes, erklärt dazu folgendes:

„Der Untersuchungsausschuss ‚Maske‘ war eine Alibiveranstaltung. Er diente dazu, Tatsachen zu verbergen und nicht, sie offenzulegen. Dementsprechend wurden die meisten schwerwiegenden Vorwürfe gegen Spitzenpolitiker der Söder-CSU und der Freien Wähler in diesem

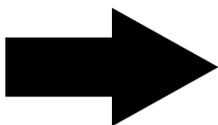
größten Korruptionsskandal der jüngeren bayerischen Geschichte auch nicht entkräftet. Fast immer waren Beweismittel verschwunden oder Chats gelöscht, und an Telefonate konnte man sich angeblich nicht mehr erinnern.

Zudem agierte die Leitung des Untersuchungsausschusses parteiisch und benachteiligte die AfD. Unsere Fragen wurden oft gar nicht zugelassen, und die etablierten Parteien bildeten auf der Arbeitsebene ein Kartell, um der AfD Informationen vorzu-enthalten.

Und noch immer ist völlig offen, wie die Staatsregierung den von ihr verursachten Schaden zu begrenzen gedenkt. Für die AfD ist klar, dass die verschwendeten Steuergelder überall zurückgeholt werden müssen, wo dies juristisch möglich ist. Ein Verzicht darauf, also das ‚Abschreiben‘

dieser enormen Beträge, wäre letztlich ebenso verwerflich wie der Abschluss dieser krummen Deals.

Wir fordern daher die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses zu Beginn der kommenden Legislaturperiode. Dieser muss die gesamte Corona-Politik umfassend und sachlich aufklären. Die Strategie der Söder-Regierung bei der Beschaffung der Masken kann nur dann wirklich verstanden werden, wenn man sie im Zusammenhang mit den sonstigen Corona-Maßnahmen betrachtet. Darüber hinaus muss geprüft werden, wie die Rückzahlung der verschwendeten Steuergelder, z. B. für die Schrottmasken, zu Gunsten des bayerischen Steuerzahlers eingefordert werden könnte. Die AfD wird Licht ins Dunkel bringen und den Sumpf der Altparteien austrocknen!“



**Laden Sie sich den 200-seitigen Bericht zum U-Ausschuss „Maske“ hier kostenlos herunter: [www.gerd-mannes-afd.de](http://www.gerd-mannes-afd.de)**

### AfD unterstützt Forderungen der Landwirte zum Weiterbetrieb von bestehenden Biogasanlagen

Die Schonung der verfügbaren Ressourcen ist ein urkonservatives Prinzip, das schon viel länger existiert als der heutige Klimawahn. Eine der wichtigsten alternativen Energieresourcen ist die Bioenergie.

Feste, gasförmige und flüssige Brennstoffe aus Biomasse sind seit Jahrzehnten etabliert und gut erforscht. Viele dieser Energieträger sind ohne Subventionen konkurrenzfähig, sodass auch aus ökonomischer Sicht nichts gegen ihren Einsatz spricht. Während der Freistaat bei Windkraft und Photovoltaik eher ungünstige Standortbedingungen aufweist, sind wir bei der Nutzung von Bioenergie bundesweit führend.

Laut der Agentur für Erneuerbare Energien beträgt das technische Biomassepotenzial in Bayern rund 90 Terrawattstunden pro Jahr. Ein Großteil dieses Potenzials bleibt auch deswegen ungenutzt, weil Investoren und Anlagenbetreiber durch überbordende Bürokratie und Auflagen ausgebremst werden. Die AfD hat im Landtag daher unter anderem die sofortige Rücknahme von unverhältnismäßigen Auflagen für Bioenergie-Produzenten gefordert. Dies gilt beispielsweise für die geltenden Einschränkungen bei verwendeten Energiepflanzen und Gülle in Biogas-Anlagen. Wir wollen keinem Betreiber vorschreiben, mit welchem Substrat er

seine Anlage betreibt – solange hieraus keine Umweltgefahren entstehen. Weiterhin fordern wir, dass der Anschluss von Anlagen an das Stromnetz deutlich vereinfacht und beschleunigt wird.

Wir können von Landwirten nicht verlangen, dass sie sich durch monatelange Registrierungsprozesse kämpfen und hunderte Seiten Formulare ausfüllen müssen. Diese Prozesse müssen vereinfacht werden, um die dezentrale Stromerzeugung für potenzielle Betreiber attraktiver zu machen. Weiterhin fordern wir den Weiterbetrieb von existierenden Anlagen, vor allem im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung.

### Neues Windkraftgesetz gefährdet Schwabens Naturlandschaft

Bis Ende 2032 müssen die Bundesländer insgesamt zwei Prozent der Bundesfläche für Windkraftanlagen ausweisen. Bis 2027 sollen dem Gesetz nach 1,4 Prozent der Flächen für Windkraft bereitstehen, wobei jedes Land einen unterschiedlich großen Beitrag dazu leisten muss.

Für den Freistaat Bayern gilt: 1,1 Prozent der Landesfläche bis 2027 und 1,8 Prozent der Fläche bis Ende 2032. Zwar dürfen die Länder auch in Zukunft Mindestabstände festlegen – aber nur, wenn sie trotzdem die

gesetzlich festgelegten Ausbauziele aus dem „Windenergieflächenbedarfsgesetz“ erreichen. Erreichen Bundesländer die Ausbauziele nicht, werden die landesspezifischen Abstandsregeln über das Bundesgesetz ausgehebelt. Das neue Bundesgesetz ist nicht nur ein inakzeptabler Eingriff in die kommunale Selbstbestimmung, es gefährdet auch massiv die Günzburger Naturlandschaft. Das Gesetz ermöglicht neue Windkraftprojekte sogar dann, wenn alle betroffenen Anwohner einer Region ge-

gen neue Windräder sind. Das Mitspracherecht für Bürger wird mit dem „Wind-an-Land-Gesetz“ einfach abgeschafft. Auch die beschlossene Aufhebung der 10H-Regel stellt eine inakzeptable Aushebelung des Freistaats Bayern in planerischen Belangen dar. Es sollte auch in Zukunft den betroffenen Gemeinden überlassen bleiben, ob und wie viele Windkraftanlagen sie errichten wollen – schließlich stellen Windräder einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar.

### 22 Prozent bundesweit: Rekord-Umfragewerte für die AfD

In einer bundesweiten Wahlumfrage von Ipsos am 12.07.2023 erzielte die AfD eine Zustimmung von 22 Prozent und lag damit hinter der Union

(26 Prozent) auf Platz 2. Die Parteien der Ampelkoalition liegen deutlich hinter der AfD (SPD: 18 Prozent, Grüne: 14 Prozent, FDP: 7 Prozent). Die

erzielt die AfD in aktuellen Umfragen einen starken Wert von 13 Prozent und liegt damit auf Platz 3. „Trotz der ständigen Diskreditierung der AfD durch Medien, Parteien und sogar Behörden sind immer mehr Bürger auf unserer Seite“, sagt der Landtagsabgeordnete Gerd Mannes. „Die AfD ist die einzige authentische Oppositionskraft gegen den täglichen Unfug in München und Berlin.“

### Impressum & V.i.S.d.P.

Herausgeber: Gerd Mannes, Mitglied des Bayerischen Landtags  
Anschrift: Max-Planck-Straße 1, 81675 München  
Kontakt Daten: gerd.mannes@afd-landtag.bayern  
08221-2001453

Ampel-Koalition hätte demnach aktuell keine Mehrheit mehr für einen Regierungsauftrag. Auch in Bayern